

Kohnert, Dirk

Book Part — Accepted Manuscript (Postprint)

Westafrika - 1995

Suggested Citation: Kohnert, Dirk (1996) : Westafrika - 1995, In: Hofmeier, Rolf (Ed.): Afrika-Jahrbuch 1995: Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Afrika südlich der Sahara, Leske + Budrich, Opladen, pp. 83-90

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/301829>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

Westafrika - 1995

Politische Entwicklung

Zwar fanden in fünf der 16 westafrikanischen Länder - zum Teil zum zweiten Mal - Parlaments- oder Präsidentschaftswahlen statt (Benin, Côte d'Ivoire, Guinea, Kapverden, Niger; s. Länderartikel), aber in dem meisten Ländern stagnierte der Demokratisierungsprozeß. Obwohl sich in Liberia und Sierra Leone deutlich realistischere Ansätze für eine Lösung der Bürgerkriegskonflikte ergaben als in den Vorjahren, hielt in der Zunft der Afrika-Experten eine eher pessimistische Sicht der Entwicklungschancen der Region an. Das von dem renomierten amerikanischen Politologen Robert Kaplan gezeichnete Horrorzenario des heutigen Westafrika als Inkarnation aller Plagen dieses Kontinents (s. Westafrika-Artikel im Jahrbuch 1994) wurde durch weitere politologische Analyse untermauert. Ein international beachteter vertraulicher Bericht des französischen Politologen Jean-François Bayart für das französische Außenministerium über die "*Kriminalisierung im Subsaharischen Afrika*", der im August in Auszügen an die Öffentlichkeit drang, stimmte in den Chor der Auguren ein: Gemäß diesem Bericht ist die Entwicklung in Ländern wie Liberia, Sierra Leone oder Nigeria immer weniger mit der Logik politischer, ethnischer oder regionaler Interessen zu erklären. In diesen vom Staatszerfall bedrohten Gesellschaften herrscht gemäß Bayart die **Logik einer "Raubwirtschaft"** (*économie de prédation*). Die "Raubritter", die sich unter dem Deckmantel politischer Ziele daran bereichern, haben weniger Interesse an einer politischen Lösung der Konflikte als viel mehr an Raubzügen und Alimentierung kriegerischer Auseinandersetzungen. Ethische Grundsätze oder moralische Gesetze zählen nicht mehr; selbst zum Morden gedrillte Kindersoldaten, Sklaverei und Zwangsarbeit werden je nach Bedarf praktiziert. Die Plünderung der natürlichen und menschlichen Ressourcen lieferte trotz der bereits weitgehend zerstörten Infrastruktur durchaus noch ansehnliche Gewinne. In Liberia zum Beispiel, hatte das Niveau des Latex-Exports wieder Vorkriegsstand erreicht; drei Bürgerkriegsparteien machten sich die Kontrolle der Firestone-Plantagen, der weltweit größten Gummibaumplantagen, streitig. In Sierra Leone könnten die Einnahmen aus dem Schmuggel von Diamanten, die unter Kontrolle der *Warlords* auf privaten Schnellbooten oder von einem der zahlreichen über das Land verstreuten kleinen Flugplätze das Land verlassen, leicht den nächsten Militärputsch finanzieren. Es gilt als offenes Geheimnis, daß selbst die nigerianischen Truppen der ECOMOG, die Liberia befrieden sollen, selbst parteilich in den Konflikt

eingriffen (s. Liberia) und - vom einfachen Soldaten bis hin zum Kommandeur - in großem Ausmaß, z.B. mit illegalem Waffen-, Drogen- und Erdölhandel, private Geschäfte machten.

Unter diesen Umständen verschwimmen die Unterschiede zwischen "regulären Truppen" und Rebellen, was die gutgemeinten aber zumeist wirkungslosen Demobilisierungsversuche internationaler Hilfsorganisationen wie der UN erschwert. Nach Einschätzung des UN-Generalsekretärs Boutros-Ghali charakterisieren die (im Westen) "vergessenen Kriege" Afrikas einen neuen Typus gewaltsamer Konflikte, der auch nach Meinung des ehemaligen französischen Entwicklungshilfeministers Michel Roussin komplexer und mit schwerwiegenderen Konsequenzen behaftet ist, als die Konflikte zur Zeit des Kalten Krieges. Handfeuerwaffen gibt es heute in dieser Region billig und im Überfluß, so daß als Politiker verkleidete Gangster nicht mehr auf Hilfe von außen angewiesen sind, sondern leichte Beute machen können. Diesen überfließenden Waffenmarkt durch Aufkäufe leerzupumpen war zwar ein Ziel von UN-Operationen, gleichwohl fehlten bisher dazu geeignete Konzepte und Mittel. Der Staat hatte keinen Pfennig mehr, aber einige Wirtschaftszweige - besonders die des informellen Sektors - florierten selbst in vom Staatszerfall bedrohten Ländern wie Sierra Leone. Angesichts des zusammengebrochenen staatlichen Gewaltmonopols lag der Rekurs auf private Schutztruppen nahe. Im Falle Sierras scheinen nur noch die früher von afrikanischen Staatsmännern als Verkörperung des Bösen angesehenen südafrikanischen Söldner in der Lage zu sein, Regierung und Wirtschaft effektiv zu schützen und ein Mindestmaß staatlicher Ordnung aufrecht zu erhalten.

Eine andere Facette derselben Medaille ist der "**nigerianische Virus**", d.h. die Zentralisierung staatlicher und militärischer Gewalt in der Hand einer Clique skrupelloser über Leichen gehender Militärmachthaber, die nicht mehr dem Interesse ihres Landes, sondern nur noch dem ihrer Klientel innerhalb und außerhalb des Militärs dienen. In anderen afrikanischen Staaten wie Ghana befürchteten mittlerweile die politischen Eliten, daß das schlechte internationale Image Nigerias negative Auswirkungen auch auf Investitionsentscheidungen in ihren Ländern haben könnte. Spätestens seit den Sanktionsforderungen der Commonwealth-Konferenz in Neuseeland im November wurde das nigerianische Unrechtsregime international geächtet. Dem Diktator Abacha schien die internationale Meinung jedoch egal zu sein. Angesichts weiter sprudelnder Erdöleinnahmen war er nicht unmittelbar von ausländischer Hilfe abhängig. Nigeria gilt heute gemäß *Transparency International* (Berlin) als das korrupteste Staats- und Wirtschaftssystem der Welt. Trotzdem konnten multinationale Konzerne, wie die internationalen Ölgesellschaften oder deutsche Baufirmen selbst unter brutalen Militärdiktaturen wie dem Abacha-Regime, augenscheinlich noch profitable Geschäfte machen. Trotz der internationalen Proteste gegen die Hinrichtung der Ogoni-Führer im Niger Delta im November (s. Nigeria und *Ogoni-feature*-Artikel) wollen Ölmultis wie Shell, Mobil und Chevron ihre Investitionen in den für sie nützlichen Regionen Nigerias,

insbesondere in den *off-shore* Ölkonzessionen, bis ins Jahr 2000 um über \$ 8 Mrd. ausweiten. Dabei sind die zusätzlichen Investitionen in eine Erdgasverflüssigungsanlage in Höhe von \$ 4,2 Mrd. (im Dez. beschlossen) noch nicht mitgezählt. Letztere soll zwar auch einen Teil der jahrzehntelangen ungehemmten Ressourcenvergeudung und Umweltverschmutzung durch das Abfackeln des Erdgases vermindern (weltweit die größte singuläre Quelle der Luftverschmutzung durch CO²), aber ausschlaggebend für diese Investitionsentscheidung war wohl eher die Aussicht auf \$ 1 Mrd. zusätzliche Einnahmen pro Jahr. Dank der wohlfeilen Gewinnaussichten für Konzerne und Diktatoren entging die Enklave des Ölsektors der afrikanischen Wirtschaftskrise, allerdings auf Kosten des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Niedergangs im Rest des Landes.

Wenn selbst mächtige internationale Konzerne der westlichen Welt jahrzehntelang grundlegende international anerkannte Umweltstandards und ethische Maßstäbe politischen und wirtschaftlichen Handelns ungestraft mißachten konnten, so darf es nicht verwundern, daß auch viele afrikanische Regierungen **mangelndes Verantwortungsbewußtsein** für die Verletzung der Menschenrechte in Bezug auf andere unterdrückte afrikanische Völkern bewiesen. So sprachen sich bei der Abstimmung über die Menschenrechtsverletzungen Nigerias vor den UN in New York im Dezember die den nigerianischen Haudegen seelenverwandten afrikanischen Regime, Gambia, Niger, Sierra Leone, Sudan und Togo öffentlich gegen eine Verurteilung Nigerias aus. Andere mehr oder weniger abhängige Regierungen, wie die Benins, Burkina Fasos, Côte d'Ivoires, Guineas, Guinea-Bissaus, Kameruns, der Kapverden, Kongos, Senegals und Tanzanias enthielten sich der Stimme oder blieben bewußt der Abstimmung fern wie Ghana.

Auch den Staatschefs auf dem **sechsten Frankophonie**-Gipfeltreffen Anfang Dezember in Cotonou (zum zweiten Mal - neben dem Gipfeltreffen von 1989 in Dakar - fand dieses Gipfeltreffen in (West-)Afrika statt) gelang es erfolgreich, Resolutionsentwürfe zur Verurteilung des Abacha-Regimes so stark zu verwässern, daß sie keinen der Betroffenen mehr schmerzten. Die unrühmliche Rolle der neuen französischen Regierung wurde in dieser Beziehung bereits offensichtlich, als Staatspräsident Chirac nach seinem Amtsantritt in stillschweigender Abkehr von den hehren Demokratisierungsforderungen seines Vorgängers (s. Diskurs von La Baule) betonte, daß er keiner afrikanischen Regierung Lektionen erteilen, sondern vielmehr neutral bleiben wolle. Wie diese "Neutralität" mit der von der Europäischen Union beschlossenen politischen Konditionierung der Entwicklungszusammenarbeit in Einklang zu bringen ist, blieb eine offene Frage. Die erste offizielle Auslandsreise Chiracs in die Côte d'Ivoire, Senegal und Gabun im Juli untermauerte jedenfalls den Anspruch Frankreichs auf "privilegierte" Beziehungen zu den frankophonen Staaten, das bedeutete die Bewahrung der *chasse gardée* französischer Außen- und Wirtschaftspolitik. Die Wiederaufnahme der Militär- und Entwicklungshilfe zum Unrechtsregime Eyadémas in Togo (ohne Absprache mit den europäischen Partnern) sowie die Absegnung der undemokratischen Wahl Konan Bédiés als Präsident der Côte d'Ivoire (s. Länderartikel)

zeigten, daß auch Frankreich mehr an Machtpolitik als an Durchsetzung demokratischer Prinzipien oder grundlegender Menschenrechte gelegen war. Halbherzige Sanktionen der Afrikaner und der westlichen Welt gegen Gambias Putschisten, die im Juli 1994 eine demokratisch gewählte Regierung gestürzt hatten, setzten ein weiteres ermutigendes Zeichen für alle anti-demokratischen Kräfte in der Region, zukünftig ungestraft ähnlich handeln zu können.

Während somit viele in- und ausländische Politiker und Unternehmer in den Ländern der Region akuten Problemen der Verletzung von Demokratie und Menschenrechten gleichgültig gegenüberstanden, teilten sie doch Bedenken hinsichtlich der Ausbreitung des **Islamismus**, von dem man fürchtete, daß er wohlmöglich zu ähnlichen Verhältnissen führen könne wie in Algerien, wenn nicht rechtzeitig vorgebeugt würde. Indikatoren für zunehmende, vom Ausland geschürte islamistische Tendenzen waren die an Schärfe zunehmenden politisch instrumentalisierten religiösen Konflikte zwischen verschiedenen islamischen Sekten in einigen Mitgliedsländern der ECOWAS (z. B. in Ghana und Nigeria) sowie die Aufnahme von Rundfunksendungen in Haussa durch Teheran-Radio für die ca. 190 Mio. Muslime in Westafrika Anfang des Jahres.

Im **Tuareg-Konflikt** gab es nach jahrelangen vergeblichen Versuchen der Befriedung zumindest in Mali einen entscheidenden Durchbruch. Nicht zuletzt der geschickten Versöhnungspolitik des malischen Staatspräsidenten Konaré war es zu verdanken, daß die Tuareg-Führung im Juni ihren bewaffneten Kampf einstellte. Am 28.7. konnte die Regierung die Rückkehr der Verwaltung in die Nordregion mit einer offiziellen Zeremonie besiegeln. Ein außerordentliches Programm des Flüchtlingshilfswerks der UN (UNHCR) zur Rückführung der über 110 000 malischen Flüchtlinge aus benachbarten Ländern (zum großen Teil quer durch die Sahara) begann im Oktober. Bis November sollen bereits über 20 000 Flüchtlinge spontan in ihre Heimat zurückgekehrt sein. Im Niger brachen dagegen im November trotz eines am 24.4. abgeschlossenen Friedensvertrages die offenen Feindseligkeiten zwischen den Tuareg-Rebellen und der Armee wieder aus. Der Grund dafür war unter anderem die Einbeziehung der arabischen Milizen, die unabhängig von den staatlichen Sicherheitskräften gegen die Tuareg vorgegangen waren, in das Amnestiegesetz vom 13.6. sowie erneute Zusammenstöße zwischen Armee und Rebellen. Der Tod des nigrischen Tuareg-Führers Mano Dayal bei einem noch ungeklärten Flugzeugabsturz am 15.12. verschlechterte das ohnehin angespannte Klima zwischen Regierung und Tuareg weiter (s. Länderartikel Mali und Niger).

Das **Flüchtlingsproblem**, das in Westafrika, dem Schauplatz der "vergessenen Kriege", in den letzten Jahren besonders krasse Dimensionen angenommen hatte, dauerte an. Im Gegensatz zum Tuareg-Konflikt, bei dem Probleme ethnischer Identität und nationaler Gleichberechtigung im Vordergrund standen, waren die meisten dieser kriegerischen Konflikte auf Machtkämpfe lokaler Potentaten und den Streit um Pfründe

(insbesondere die Kontrolle von Rohstoffexporten) zurückzuführen. Insgesamt flüchteten mehr als 1,4 Mio. Menschen; die Bürgerkriegsherde in Liberia und Sierra Leone waren die Hauptfluchtursachen. Nach Angaben des Flüchtlingswerks der UN (UNHCR) sind allein im Liberiakonflikt von den 2,5 Mio. Einwohnern der Vorkriegszeit etwa 150 000 getötet, 750 000 nach Guinea, Côte d'Ivoire, Ghana, Sierra Leone und Nigeria geflohen, und zusätzlich über 1 Mio. Einwohner innerhalb ihres Landes vertrieben worden. Im benachbarten Sierra Leone wurden in den letzten fünf Jahren mindestens 10.000 Menschen getötet und 320 000 ins Exil nach Guinea oder Liberia vertrieben. Seit 1991 haben die Rebellen drei aufeinander folgende Regierungen bekämpft (s. Sierra Leone). Trotz des enormen Flüchtlingsdrucks bewiesen die benachbarten westafrikanischen Länder eine weitaus größere Toleranz und Aufnahmebereitschaft als zum Beispiel das reiche Europa. Die EU-Mitgliedsländer verstärkten ihre Abschottungspolitik gegenüber afrikanischen Flüchtlingen insbesondere auch in den Staaten der ehemaligen Kolonialherren England und Frankreich; zunehmende Tendenzen der Fremdenfeindlichkeit waren - ähnlich wie bereits zuvor in Deutschland - auch hier zu beobachten.

Sozio-ökonomische Entwicklung

Ende des Jahres wurden die ersten Ergebnisse einer umfassenden französischen Langzeitstudie über geänderte **Wanderungsbewegungen** in Westafrika veröffentlicht. Seit 1993 hatte das *Centre d'études et de recherche sur la population pour le développement* (CERPOD, Bamako/Mali) simultan in acht überwiegend frankophonen Ländern (Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Guinea, Mali, Mauretanien, Niger, Senegal und Nigeria) repräsentative Erhebungen unter insgesamt 135 000 Migranten der Region für den Zeitraum 1982-92 analysiert; bis dahin geläufige Vorstellungen über die Bevölkerungswanderung in der Region mußten auf dieser Grundlage zum Teil grundlegend revidiert werden. Insgesamt haben sich in den fünf Jahren von 1988-92 beinahe 5 Mio. Menschen im Alter über 15 Jahren (von insgesamt 26 Mio. Menschen dieses Alters in der Region), d.h. knapp **20% der arbeitsfähigen Bevölkerung auf Wanderschaft** begeben, sei es innerhalb ihres Landes oder in eines der anderen Länder der Studie (außer Nigeria; Flüchtlinge nicht mitgezählt). In der Côte d'Ivoire und in Burkina Faso wurde zum Beispiel - u.a. bedingt durch die afrikanische Wirtschaftskrise - seit einigen Jahren eine signifikante Rückwanderungsbewegung **zurück in die Dörfer** belegt. Der rurale Exodus ist somit keineswegs eine unabänderliche Beigabe des Modernisierungsprozesses. In Guinea und Niger ist die Nettobilanz der Wanderungsbewegungen zwischen Stadt und Land nahezu ausgeglichen, nur die Hauptstädte sind von diesem Trend ausgenommen und wachsen weiterhin. Der Grad der **Verstädterung** ist in den Küstenländern größer als in den Binnenstaaten. In Burkina (13%), Niger (18%) und Mali (25%) liegt er noch relativ niedrig; in Guinea mit 32% auf mittlerem Niveau, und im Senegal, Côte d'Ivoire und Mauretanien mit ca. 41% relativ hoch. Aber auch die traditionellen semi-permanenten Wanderungsbewegungen von den Savannen- oder

Sahelregionen hin zur Küste haben in den 1980er Jahren abgenommen. Die Côte d'Ivoire verzeichneten diesbezüglich sogar einen leicht negativen Saldo (-0,9%), ebenso Mauretaniens (-1%) und Senegal (-0,3%). Insgesamt waren von 1988-92 1,8 Mio. grenzüberschreitende Migranten zu verzeichnen; die stärksten Migrationsströme gab es zwischen der Côte d'Ivoire und Burkina (920 000), gefolgt von Côte d'Ivoire und Mali (247 000) bzw. Niger und Nigeria (210 000). Niger war überraschenderweise das einzige Land in der Stichprobe, das mit Nigeria einen so intensiven Migrationsaustausch zu verzeichnen hatte.

Ende des Jahres wurden von der Weltbank, der FAO und der französischen Kooperation die ersten umfassenderen empirischen Untersuchungen über die **Folgen der CFA-Abwertung** vom 12. Januar 1994 vorgelegt. Insgesamt fiel die Bilanz der Erfahrungen für die ersten zwei Jahre nach der Abwertung für die betroffenen westafrikanischen Staaten positiver aus als für das frankophone Zentralafrika. Die Weltbank verkündete modesten Optimismus: "Die erste Schlacht ist gewonnen", aber "die Verteidigung der Wettbewerbslage" bleibt eine ständige Aufgabe. Hinsichtlich der Planungsvorgaben übertrafen die Wachstumsraten und die Verbesserung der Zahlungsbilanz sogar die Erwartungen: in der westafrikanischen Wirtschafts- und Währungsunion (UEMOA; Zahlen für die zentralafrikanische Währungsunion (CEMAG) in Klammern) wuchs das Bruttoinlandsprodukt 1994 real um 2,8% (-0,1%) und 1995 voraussichtlich um 5,5% (4,6%), eine Performance, die die Region seit gut einem Jahrzehnt nicht mehr gekannt hatte. Auch die Inflationsraten lagen in der UEMOA mit 29,7% (1994) und für 1995 voraussichtlich 12,9% nicht so hoch wie befürchtet. Der Anteil der Lohn- und Gehaltszahlungen an den gesamten Öffentlichen Ausgaben ist in der Mehrzahl der westafrikanischen CFA-Länder beträchtlich gesunken; allerdings nahm der Schuldendienst weiter zu. Die Wettbewerbsfähigkeit der CFA-Zone insgesamt verbesserte sich, das betraf insbesondere den Agrarexport-Sektor (Baumwolle, Kaffee und Kakao, aber auch in einigen Ländern Holz, Vieh und Fisch). Die Auswirkungen auf die Lebensbedingungen der Armen waren dagegen eher negativ. Die Kaufkraft der Lohnabhängigen in den Städten nahm signifikant ab. Insgesamt verschlechterte sich die Lage der Armen in den urbanen Zentren, ebenso wie der im informellen Sektor Beschäftigten. Die Weltbank vermutete aber, daß der Zuwachs der Armut in den Städten (mehr als) ausgeglichen wurde durch eine Abnahme der Armut auf dem Lande wegen gestiegener (durchschnittlicher!) ländlicher Realeinkommen im Exportsektor; eine Vermutung die wenig überzeugend klang. Auf dem Lande änderte sich laut dieser Studie der Grad des Selbstverbrauchs nicht wesentlich, allerdings wuchsen die Kosten für alle importierten Produkte, insbesondere für Gesundheit und Ausbildung. Aber auch einige der lokal produzierten Grundnahrungsmittel wie Reis waren zum Beispiel wegen gestiegener Produktionskosten (Input-Preise für Kunstdünger, Insektizide, Saatgut) auf dem heimischen Markt des Senegals oder Niger 1995 mit F CFA 220 bzw. 295 per kg nach wie vor teurer als importierter Reis (F CFA 185 bzw. 250). Die Abwertung hatte signifikante Auswirkungen auf die Umstellung der Ernährungsgewohnheiten der

Menschen insbesondere der mittleren und unteren Einkommensklassen. Nach Untersuchungen der FAO bewirkte die abnehmende Kaufkraft dieser sozialen Schichten eine Umstellung des Konsums von importiertem Reis und Weizen hin zu lokal produzierten Knollenfrüchten (Cassava und Yams) sowie eine Zunahme an Getreidekonsum auf Kosten von Milchprodukten; letzteres konnte jedoch vielfach durch einen gesteigerten Fischkonsum ausgeglichen werden. Trotzdem mußten gemäß einer FAO-Fallstudie in Burkina insgesamt 10% der Familien die Zahl ihrer täglichen Mahlzeiten auf eine reduzieren. In Kamerun mußte die Bevölkerung ihren Nahrungsmittelkonsum von tierischen Proteinen abwertungsbedingt um durchschnittlich 30% reduzieren. Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die Abwertung hauptsächlich deswegen relativ erfolgreich verlief, weil es den beteiligten Regierungen gelungen war, die gefürchtete Inflationsspirale durch einschneidende Kontrollen von Lohn- und Gehaltssteigerungen sowie Sozialausgaben einzudämmen; die Armen, die darunter am meisten zu leiden hatten, besaßen nicht die politische Macht, um sich dagegen zu wehren. Wahrscheinlich geht ein großer Teil der der Abwertung zugeschriebenen positiven Wachstums- und Einkommenseffekte außerdem eher auf die gestiegenen Weltmarktpreise für die Agrarexportprodukte der Zone zurück. Ein erneuter Fall dieser Preise dürfte alle Abwertungserfolge bald zunichte machen und zunehmend soziale Unruhen erzeugen, was besonders im Öffentlichen Dienst und bei den vom Abstieg bedrohten Militärangehörigen der unteren Dienstgrade schwerwiegende politische Konsequenzen hervorrufen würde. Die CFA-Abwertung mag die Franc-Zone noch für einige Jahre gerettet haben; ob die EU nach 1999 noch bereit sein wird, die beträchtlichen Kosten dieser Währungsgemeinschaft für Frankreich zu übernehmen, ist eine offene Frage.

Eine Bestandsaufnahme der **Aids-Epidemie** in Afrika anlässlich eines internationalen Kongresses in Kampala im Dezember wies auf drei Entwicklungsetappen der Krankheit hin: sie begann augenscheinlich Ende der 1970er Jahre in Ostafrika, wo bis heute ein Drittel der insgesamt 11 Mio. Aidskranken im Afrika südlich der Sahara (60% der Aids Erkrankungen weltweit) zu finden sind. In einer zweiten Etappe breitete sich Aids in einigen westafrikanischen Ländern (Côte d'Ivoire, Burkina, Ghana und Togo) aus, das derzeit mindestens 15% der seropositiven Fälle aufweist. Besonders beunruhigend war die Entwicklung in Nigeria, wo man wegen der relativ hohen Bevölkerungsdichte im Süden eine beträchtliche Dunkelziffer an Erkrankungen vermutet, und in der Côte d'Ivoire, wo in den Hospitälern von Abidjan zum Beispiel bereits 80% der Betten mit Aidskranken belegt sind.

Im März (19.-22.3.) reiste eine Ministerdelegation aus neun westafrikanischen Staaten (Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Guinea, Guinea-Bissau, Mali, Niger, Senegal, Togo) in die USA, um für eine Fortführung bzw. Wiederaufnahme der amerikanischen und multilateralen Entwicklungshilfe (IWF, Weltbank) zu werben. Diese Reise ging auf eine Initiative des togoischen Staatspräsidenten Eyadéma zurück, der damit sein wegen der Menschenrechtsverletzungen seines Regimes arg ramponiertes internationales Ansehen

verbessern wollte. Die USA hatten - ebenso wie Deutschland - ihre Entwicklungshilfe an Togo 1993 eingestellt und bisher wegen der prekären Menschenrechtslage nicht wieder aufgenommen (s. Togo).

Am 15.05. gewährte die EU einen Entwicklungshilfekredit (ECU 8 Mio.) zur Förderung des westafrikanischen regionalen **Fischereiprogramms**, das allen 16 ECOWAS-Staaten zu Gute kommen soll. Nach FAO-Angaben leben etwa 4 Mio. Kleinproduzenten in diesen Ländern vom Fischfang der auf insgesamt 1,5 Mio. t geschätzt wird (nur Kleinfischerei); größte regionale Produzenten waren Ghana (391 700 t), Nigeria (316 330 t), Senegal (299 600 t), Côte d'Ivoire (108 940 t) und Mauretanien (91.000 t)

Versuche, ein **Schiffahrts-Kartell** zwischen 15 westafrikanischen und europäischen Schiffahrtlinien im Rahmen der 1993 gegründeten *Europe West Africa Conference* (EWAC) zu etablieren **scheiterten** endgültig wegen mangelnder Finanzbereitschaft und Konkurrenzfähigkeit afrikanischer Staaten bzw. (staatlicher) Linien; die EWAC wurde am 16.3. aufgelöst. Damit gehört die Domäne des Seehandels zwischen Europa und Westafrika zu den wenigen der Weltregionen, die kein effektives Kartell haben, um sich gegenüber den unabhängigen Linien abzuschirmen.

Am 5.9. schlossen die Regierungen von Nigeria, Benin, Togo und Ghana ein Abkommen zum Bau einer etwa 400km langen **westafrikanischen Gas-Pipeline** die ca. \$ 260 Mio. kosten soll. Die Pipeline soll die Escravos-Felder bei Warri (Delta State, Nigeria) mit Cotonou, Lomé und Tema sowie Takondi in Ghana verbinden und ab 1999 in Produktion gehen. Zwar war die Baufinanzierung noch nicht gesichert, aber der Vertrag wurde von den Unterzeichnern als weiterer Schritt zur regionalen Integration innerhalb der ECOWAS gefeiert.

Regionalorganisationen

Die **ECOWAS** feierte am 28./29.5. in Dakar ihr zwanzigjähriges Bestehen. Gleichzeitig fand in Dakar zum ersten Mal in der Geschichte der Organisation eine ECOWAS-Handelsmesse statt (24.5.-4.6.). Im Juli zog das Generalsekretariat endgültig in den neuen Hauptsitz der Organisation in Abuja um. Das 18. ordentliche Gipfeltreffen der ECOWAS-Staatschefs in Accra (Ghana) am 28./29.07. fand unter der - um ein weiteres Jahr bis 1996 verlängerten - Präsidentschaft des ghanaischen Staatschefs Jerry Rawlings statt. Das Gipfeltreffen wurde überschattet durch die politische Krise in Nigeria (Staatschef Sani Abacha nahm wohlweislich am Gipfel nicht teil, um sich nicht einer internationalen Verurteilung seines Unrechtsregimes auszusetzen), durch andauernde fruchtlose Vermittlungsversuche der ECOWAS im Liberiakonflikt sowie durch das vergleichsweise erfolgreiche Abschneiden der vor einem Jahr gegründeten UEMOA (s.u.)

die von den anglophonen Regierungen innerhalb der ECOWAS immer stärker als frankophone Konkurrenzorganisation zur ECOWAS empfunden wurde.

Unter Rawlings Präsidentschaft war Ghana zum Hauptvermittler zwischen den verschiedenen miteinander verfeindeten Bürgerkriegsparteien sowie den an Liberia interessierten afrikanischen Staaten geworden. Bereits am 20.05. hatte ein extra zur Lösung dieses Konfliktes einberufener **Liberia-Gipfel** der ECOWAS zu wenig greifbaren Ergebnissen geführt; immerhin konnte die nigerianische Regierung dazu bewegt werden, der Aufnahme ihres Erzfeindes in Liberia, Charles Taylor von der NPFL, in die Übergangsregierung zuzustimmen (s. Liberia). Ein am 19.08. in Abuja unter Schirmherrschaft der ECOWAS abgeschlossener Friedensvertrag zwischen allen Beteiligten Bürgerkriegsparteien, der die Bildung einer Übergangsregierung, Entwaffnung der Milizen, und den Übergang zu einer zivilen gewählten Regierung innerhalb eines Jahres vorbereiten sollte, erweckte zunächst neue Hoffnungen, weil die gemeinsam gebildete Übergangsregierung alle maßgeblichen Warlords an einen Tisch brachte. Bald darauf zeichnete sich aber ab, daß keine der Kriegsparteien zur Demobilisierung gewillt war, und daß dieser Friedensvertrag nur Makulatur war, wie alle 11 vorhergehenden Versuche der internationalen Gemeinschaft unter Leitung der ECOWAS/ECOMOG, die Bürgerkriegsparteien zu befrieden.

Nur zwei Tage nach dem ECOWAS-Gipfel in Accra vereinigten sich Staatschefs der sieben frankophonen Mitglieder der ECOWAS am 31.7. zum ersten Ministerratstreffen der *Union économique et monétaire d'Afrique de l'Ouest (UEMOA)* in Ouagadougou. Hauptpunkt der Tagesordnung war die Umsetzung einer Zollunion und die Überwachung des multilateralen Handels der Mitgliedsstaaten als erster konkreter Schritt zur regionalen Integration. Das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes lag mit real durchschnittlich 5,8% im Jahre 1995 in der UEMOA höher als in den anglophonen Ländern der ECOWAS. Der beninische Staatschef Soglo und Charles Konan Banny, Gouverneur der westafrikanischen Zentralbank (BCEAO), wiesen mehrfach darauf hin, daß die UEMOA das Zugpferd der ECOWAS und nicht ihr Konkurrent sei. Allerdings verfolgte die UEMOA ganz ähnliche Ziele wie die ECOWAS, nämlich eine stärkere regionale Integration der Wirtschaften der Mitgliedsstaaten durch eine Zoll-, Wirtschafts- und Währungsunion. Es wurde immer deutlicher, daß die anglophonen und frankophonen Länder innerhalb der ECOWAS in Konkurrenz gerieten und letztere sich innerhalb der ECOWAS immer mehr abschotteten um ihre Ressourcen auf die Entwicklung der UEMOA zu konzentrierten, da sie - so Banny in einem Interview mit der französischen Tageszeitung *Les Echos* am 28.12. - mit den mangelnden Integrationserfolgen der ECOWAS nicht zufrieden waren. Die alten Streitigkeiten um die von Nigeria angestrebte Vormachtstellung innerhalb der ECOWAS und eine unterschiedliche Bewertung der Rolle der von Nigeria dominierten ECOMOG als regionaler (als parteilich angesehener) Friedensstreitmacht waren vermutlich weitere Gründe des Vorpreschens der frankophonen Staaten.

Nach Jahren der finanziellen, organisatorischen und konzeptionellen Krise hat die **CILSS** (*Comité permanent inter-Etats de lutte contre la sècheresse dans le Sahel*) in den letzten zwei Jahren einen strukturellen Erneuerungsprozeß durchgemacht, der auf der 30. Ministerratssitzung der 9 Mitgliedsstaaten im April in Nouakchott abgesehnet wurde. Ursprünglich im Jahre 1973 gegründet, um gemeinsam die Folgen der Saheldürre zu bekämpfen, hat sich die Organisation nach einer tiefgreifenden Umstrukturierung ihrer Organisation und des Managements neue erweiterte Ziele auf ihre Fahnen geschrieben: neben dem traditionellen Ziel der Nahrungsmittel- und Ressourcensicherung umgreift die Zielsetzung nunmehr auch Dezentralisierung und Raumordnung, Kontrolle der Bevölkerungsentwicklung, Verbesserung des regionalen Handels und der Lage der Frauen. Die CILSS verfügt neben der Durchführungsorganisation für ihre technischen Hilfsprogramme in Ouagadougou über zwei Forschungsinstitute: das *Institut du Sahel* (zu dem auch das auf demographische Fragen spezialisierte CERPOD gehört, s.o.) in Bamako und das auf agrar-technologische und meteorologische Fragen ausgerichtete technisch hervorragend ausgestattete *Centre régional Agrhymet* in Niamey. Das Budget der CILSS (F CFA 11,7 Mrd. für 1995) wird überwiegend von den externen Partnern getragen.

Dirk Kohnert

Chronologie Westafrika 1995

- 12.-22.03. 17. reguläre Sitzung der Afrikanischen Menschen- und Völkerrechtskommission in Lomé
- 13.03. Erstes afrikanisches INTERPOL-Bureau in Abidjan gegründet
- 24.04. Friedensvertrag zwischen nigrischer Regierung und Tuareg unter Vermittlung von Frankreich, Algerien und Burkina Faso; am 27.11. wegen Ineffektivität von CRA (Tuareg) aufgekündigt
- April 30. Ministerratssitzung der CILSS in Nouakchott
- 20.05. Liberia-Gipfeltreffen der ECOWAS ohne Erfolg beendet
- 12.06. Tuareg-Führer der FIAA erklären das Ende des bewaffneten Kampfes in Mali
- 28.-29.07. 18. Gipfeltreffen der ECOWAS in Accra
- 31.07.-02.08. Erste Ministerratssitzung der UEMOA in Ouagadougou
- 05.09. Abkommen über Bau einer westafrikanischen Gas-Pipeline zwischen Nigeria, Benin, Togo, Ghana
- 02.-04.12. 6. Frankophonie-Gipfeltreffen in Cotonou (Benin)

Verzeichnis regionaler westafrikanischer Organisationen:

- (1) Accord de Non-Agression et d'Assistance en Matière de Defense (ANAD)**, gegründet: 1979; 7 frankophone westafrikanische Mitgliedstaaten: Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Mali, Mauretanien, Niger, Senegal, Togo, (Benin, Beobachterstatus); Vorsitzender: Abdou Diouf (Staatspräsident, Senegal)
- (2) Autorité du Bassin du Niger (ABN)**; gegründet: 1964; Sitz: Niamey (Niger); 9 Mitglieder: Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Guinea, Kamerun, Mali, Niger, Nigeria, Tschad - Exekutivsekretär: Othman Mustapha (Nigeria)
- (3) Autorité de Développement Intégré de la Région du Liptako-Gourma**; gegründet: 1972; Sitz: Ouagadougou (Burkina Faso); 3 Mitglieder: Burkina Faso, Mali, Niger - Generalsekretär: Isague Dembélé (Mali, ab 1996)
- (4) Banque Centrale des Etats de l'Afrique de l'Ouest (BCEAO)**; gegründet: 1962; Sitz: Dakar (Senegal); 7 Mitglieder: Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Mali, Niger, Senegal, Togo; - Gouverneur des Verwaltungsrates: Charles Konan Banny (Côte d'Ivoire; ab 1.1.94).
- (5) Banque Ouest Africaine de Développement (BOAD)**; gegründet 1973; Sitz: Lomé (Togo); 7 Mitglieder: Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Mali (ab 1984), Niger, Senegal, Togo - Präsident: Yayi Boni (Benin)
- (6) Commission du Bassin du Lac Tchad (CBLT)**; gegründet: 1964; Sitz: N'djamena (Tschad); 5 Mitglieder: Kamerun, Niger, Nigeria, Tschad, ZAR (ab 24.3.94) - Exekutivsekretär: Abubakar B. Jauro
- (7) Comité Inter Etats de Lutte Contre la Sécheresse dans le Sahel (CILSS)**; gegründet: 1973; Sitz: Ouagadougou (Burkina Faso); 9 Mitglieder: Burkina Faso, Gambia, Guinea-Bissau, Kap Verde, Mali, Mauretanien, Niger, Senegal, Tschad - Vorsitz: Kapverde (ab 21.4.94 auf 3 Jahre); Exekutivsekretärin: Mrs. Mariam Kaidama Cissé (Mali)
- (8) Conseil de l'Entente**; gegründet: 1959; Sitz: Abidjan (Côte d'Ivoire); 5 Mitglieder: Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Niger, Togo - Präsident: Staatschef G. Eyadéma (seit 31.10.94 amtierender Präsident) Sekretär: Paul Kaya
- (9) Economic Community of West African States (ECOWAS) / Communauté Economique des Etats de l'Afrique de l'Ouest (CEDEAO)**; gegründet: 1975; Sitz: Abuja (Nigeria); 16 Mitglieder: Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Gambia, Ghana, Guinea, Guinea-Bissau, Kapverden, Liberia, Mali, Mauretanien, Niger, Nigeria, Senegal, Sierra Leone, Togo - Vorsitz: Ghana (Staatspräsident J. Rawlings); Exekutivsekretär: Edouard Benjamin (Guinea)
- (10) Mano River Union (MRU)**; gegründet: 1973; Sitz: Freetown (Sierra Leone); 3 Mitglieder: Guinea, Liberia, Sierra Leone - Generalsekretär: Dr. Kabineh Koromah (Sierra Leone)
- (11) Organisation pour la Mise en Valeur du Fleuve Gambie (OMVG)**; gegründet: 1978; Sitz: Dakar (Senegal); 4 Mitglieder: Gambia, Guinea, Guinea-Bissau, Senegal - Generalsekretär: M.N. Diallo (Guinea)
- (12) Organisation pour la Mise en Valeur du Fleuve Sénégal (OMVS)**; gegründet: 1972; Sitz: Dakar (Senegal); 3 Mitglieder: Mali, Mauretanien, Senegal (Aufnahme von Guinea 1987 beschlossen, aber noch nicht vollzogen) - Präsident: Alpha Oumar Konaré` (Mali); Generalsekretär: Founéké Keita (Mali)

(13) Union Economique et Monétaire Ouest-Africaine (UEMOA / WAEMU); gegründet: 30.01.94; Sitz: Ouagadougou; 7 Mitglieder: Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Mali, Niger, Senegal, Togo. - Präsident: Moussa Touré (Senegal, ab 1996); Kommissariat mit 7 Kommissaren (je einer aus den Mitgliedsländern); Gerichtshof der UEMOA unter der Präsidentschaft von Donation Yves Yéhouessi (Bénin).

(14) West African Clearing House (WACH); gegründet: 1975; im Febr. 1993 ausgeweitet zur autonomen Organisation "West African Monetary Agency", Sitz: Freetown (Sierra Leone); 16 Mitgliedsländer: (wie ECOWAS) - Exekutivsekretär: Cheik S.B. Diao (Mauritanien)

(15) West African Examinations Council (WEAC); gegründet: 1975; Sitz: Freetown (Sierra Leone); 5 Mitglieder: Gambia, Ghana, Liberia, Nigeria, Sierra Leone - Vorsitz: John Aby Kamara

West African Monetary Agency (s. West African Clearing House)

(16) West African Rice-growing Development Association (WARDA); gegründet: 1970; Sitz: Bouaké (Côte d'Ivoire); 17 Mitglieder: Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Gambia, Ghana, Guinea, Guinea-Bissau, Kamerun, Liberia, Mali, Mauritanien, Niger, Nigeria, Senegal, Sierra Leone, Togo, Tschad. Generalsekretär: Eugene Terry (Sierra Leone)